



**Petra Merkel, MdB**

**Newsletter \*\*\* Newsletter \*\*\* Newsletter**

**Ausgabe: 04/2008**

Liebe Leserinnen und Leser, wie im letzten Newsletter schon angekündigt, wird sich diese Ausgabe schwerpunktmäßig mit der Pflegereform und den Anpassungen der Renten beschäftigen. Mir sind die erreichten

\*\*\*\*\*

### **Aus dem Bundestag**

\*\*\*\*\*

#### **PFLEGEREFORM KANN BEGINNEN!**

Der Bundestag hat am 14. März 2008 in 2./3. Lesung den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz) beschlossen. Das Gesetz soll zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten.

Ich plane am 27. Mai 2008 eine Veranstaltung zur Pflegereform mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, um über die wichtigsten Neuerungen und Änderungen zu informieren. Falls Sie teilnehmen möchte, melden Sie sich bitte in meinem Büro.

#### **Pflegeversicherung hat sich bewährt**

Seit ihrer Einführung im Jahr 1995 hat sich die Pflegeversicherung bewährt. Mittlerweile erhalten über zwei Millionen Pflegebedürftige jeden Monat Versicherungsleistungen. Die gesetzliche Pflegeversicherung sichert erfolgreich das Lebensrisiko Pflegebedürftigkeit solidarisch ab. Sie hat in den letzten 12 Jahren viele pflegebedürftige Menschen vor der Abhängigkeit von Sozialhilfe bewahrt.



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

### **Den Herausforderungen begegnen**

Die demographische Entwicklung in Deutschland macht es notwendig, die gesetzliche Pflegeversicherung zukunftsfähig zu machen, denn der Anteil der älteren und hochbetagten Menschen an der deutschen Bevölkerung wächst stetig. Es wird davon ausgegangen, dass 2030 etwa drei Millionen Menschen pflegebedürftig sein werden. Außerdem wird der Hilfebedarf der Pflegebedürftigen immer komplexer. Neben körperlichen Einschränkungen treten immer mehr geistige und psychische Erkrankungen bis hin zu schwerer Demenz.

### **Unsere Ziele**

Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, durch die Pflegereform die Lebenssituation der pflegebedürftigen Menschen, der pflegenden Angehörigen und der Pflegekräfte zu verbessern. Richtschnur bei der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ist für uns der Wunsch der meisten Menschen, so lange wie es geht, in der gewohnten Umgebung und selbstbestimmt zu leben, gepflegt und betreut zu werden. Deshalb heißt unser Grundsatz: ambulant vor stationär. Mit dem Gesetz soll aktivierende Pflege und Rehabilitation besser gefördert werden. Die Maßnahmen für eine integrierte wohnortnahe Versorgung und Betreuung, die Einrichtung von Pflegestützpunkten mit Pflegeberatern (Fallmanagement), die Möglichkeit, Leistungen gemeinsam mit anderen Pflegebedürftigen auch in neuen Wohnformen abzurufen (poolen), helfen den Menschen, solange wie möglich in ihrer angestammten und gewünschten Umgebung zu bleiben.

### **Hier die wichtigsten Maßnahmen des Gesetzes:**

#### **Schrittweise Erhöhung der Leistungsbeträge**

Die ambulanten Sachleistungsbeträge sollen bis 2012 schrittweise in den drei Pflegestufen in der ambulanten Pflege angehoben werden. Und das ohne Kürzungen im stationären Bereich. Dort sollen die Sachleistungen in der Pflegestufe III und bei Härtefällen ebenfalls erhöht werden.

Pflegestufe	Ambulante Sachleistung bisher in Euro	2008	2010	2012
Stufe I	384	420	440	450
Stufe II	921	980	1040	1100
Stufe III	1432	1470	1510	1550

Außerdem soll das Pflegegeld für pflegende Angehörige wie folgt angehoben werden:



## Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pflegestufe	Pflegegeld bisher in Euro	2008	2010	2012
Stufe I	205	215	225	235
Stufe II	410	420	430	440
Stufe III	665	675	685	700

Seit 1995 wurden die Leistungen der Pflegeversicherung nicht verändert und unterliegen dadurch einem schleichenden Werteverfall. Deshalb sollen sie künftig in einem dreijährigen Rhythmus überprüft werden. Erstmals soll dies im Jahr 2015 erfolgen. Der Orientierungswert für die Anpassung der Leistungen der Pflegeversicherung soll die kumulierte Preisentwicklung in den letzten abgeschlossenen drei Kalenderjahren sein. Ergibt die Überprüfung eine Notwendigkeit der Anpassung, so erlässt die Bundesregierung eine Rechtsverordnung. Dabei soll der Anstieg nicht höher sein als die Brutto Lohnentwicklung. Außerdem soll der Anspruch auf Tages- und Nachtpflege ausgebaut werden. Neben dem Anspruch auf Tages- und Nachtpflege soll auch ein 50-prozentiger Anspruch auf die jeweilige ambulante Pflegesachleistung oder das Pflegegeld für die weiterhin zu Hause notwendige Pflege bestehen. Ebenso soll umgekehrt neben dem vollen Anspruch auf Geld- und Sachleistung ein hälftiger Anspruch auf Tages- und Nachtpflege eingeführt werden. Auch die Leistungen für die Tages- und Nachtpflege werden schrittweise angehoben.

### **Pflege vor Ort koordinieren**

Der SPD-Bundestagsfraktion liegt es am Herzen, die kommunale Infrastruktur auf eine älter werdende Gesellschaft auszurichten. Deshalb sollen künftig wohnortnahe Pflegestützpunkte sicherstellen, dass die Angebote für Pflegebedürftige direkt vor Ort besser aufeinander abgestimmt und miteinander vernetzt werden. Es ist uns während der Koalitionsklausur in Bonn gelungen, diese wichtige Infrastrukturverbesserung gegen den Willen der Union durchzusetzen. Diese wichtigen Anlaufstellen für Pflegebedürftige und deren Angehörige, in denen ein sog. Fallmanagement durch qualifizierte Pflegeberater sowie umfassende und unabhängige, vernetzte Beratung angeboten wird, müssen von den Pflege- und Krankenkassen auf Antrag der Bundesländer eingerichtet werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte für den Aufbau der Stützpunkte ursprünglich 80 Millionen Euro vorgesehen. Die Union war dazu nicht bereit, aber den Ländern stehen nun immerhin 60 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können mindestens 1.200 Beratungsbüros neu entstehen. Bei der Einrichtung der Pflegestützpunkte werden vorhandene Strukturen genutzt und bestehender Sachverstand wird gefragt sein. Die SPD-Bundestagsfraktion ist sich sicher, dass die



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Länder zahlreich die Einrichtung von Pflegestützpunkten beantragen werden, da das Konzept der Pflegestützpunkte konkurrenzlos gut ist und sich durchsetzen wird.

### **Eigener Leistungsanspruch für Demenzkranke**

Besonders erfreulich ist, dass die immer wieder geforderte neue Leistung für demenziell erkrankte Menschen nun Wirklichkeit werden kann. Einen zusätzlichen Leistungsbetrag sollen erstmals Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz wie Demenz-, Alzheimerkranke oder geistig Behinderte erhalten. Weniger pflegebedürftige Menschen erhalten 100 Euro, pflegebedürftigere Menschen erhalten 200 Euro pro Monat. Dieser Betrag soll zusätzlich zu den Pflegeleistungen gezahlt werden und auch von Menschen, die keine Pflege sondern Betreuung benötigen, in Anspruch genommen werden können. Darüber hinaus wurde auch auf Vorschlag der SPD vereinbart, in Heimen zusätzliche Betreuungsassistenten zu finanzieren. Diese sollen altersverwirrten Menschen helfen, ihren Tagesablauf zu bewältigen.

### **Bessere Qualität und Transparenz in der Pflege**

Ein wichtiges Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion ist die Verbesserung der Pflegequalität und die Erhöhung der Transparenz im Pflegebereich. Hierzu ist unter anderem die Entwicklung von Qualitätsstandards für die stationäre und ambulante Pflege vorgesehen. Weiterhin wird der Ausbau der Qualitätsprüfungen ab 2011 jährlich durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen stattfinden. Die Kontrollen sollen überwiegend ohne Ankündigung durchgeführt werden. Die Prüfergebnisse werden in verständlicher und leicht zugänglicher Form veröffentlicht, z. B. durch einen Aushang im Pflegeheim.

### **Pflegezeit für Angehörige**

Pflegende Angehörige sollen im Rahmen der sogenannten Pflegezeit in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten bis zu sechs Monate unbezahlt von der Arbeit freigestellt werden können. Sie sollen in dieser Zeit über die Pflegekassen sozialversichert werden. Leider ist die Fraktion der CDU/CSU nicht bereit gewesen, den Vorschlag umzusetzen, für die kurzzeitige Freistellung von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen von bis zu 10 Tagen eine Lohnersatzleistung über die Pflegekassen vorzusehen. Dies ist nicht nachvollziehbar: Denn ähnliche Regelungen gibt es bereits. Eltern, deren Kinder erkrankt sind, können z. B. bis zu 20 Tage Kinderpflege-Krankengeld beziehen. Auch Kinder, deren Eltern pflegebedürftig werden, sollten sich nach Auffassung der



**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

SPD-Bundestagsfraktion ohne wirtschaftliche Nachteile um ihre Eltern kümmern können.

### **Gute Pflege kostet gutes Geld**

Es liegt auf der Hand, dass Verbesserungen in der Pflege nicht umsonst zu haben sind. Der Beitragssatz der Pflegeversicherung wird zum ersten Mal seit 1995 um 0,25 Beitragssatzpunkte auf 1,95 Prozent für Versicherte mit Kindern und auf 2,2 Prozent für Kinderlose erhöht. Die Mehreinnahmen im Jahr 2008 werden rund 1,3 Milliarden Euro betragen, da der Beitragssatz zum 1. Juni angehoben wird. In den Folgejahren werden sich die Mehreinnahmen auf 2,5 Milliarden Euro belaufen. Aus heutiger Sicht reicht die Beitragssatzerhöhung aus, um die Leistungen der Pflegeversicherung bis 2014/2015 sicherzustellen.

Die Pflegereform wird ein Erfolg werden. Dennoch bleiben für die SPD-Bundestagsfraktion für die Zeit nach 2009 zwei wichtige Punkte auf der Tagesordnung:

- die bezahlte kurzzeitige Freistellung zur Organisation der Pflege und
- die solidarische Finanzierung der Pflege.

Der Solidarausgleich darf nicht auf die gesetzliche Pflegeversicherung beschränkt bleiben. Deshalb halten wir an der im Koalitionsvertrag verabredeten Ausgleichszahlung der privaten Pflegeversicherung an die gesetzliche Pflegeversicherung fest. Darüber hinaus bleibt für uns als langfristiges Ziel eine von allen finanzierte **Bürgerversicherung Pflege** bestehen.

### **ANPASSUNG DER RENTEN**

Die Erhöhung der gesetzlichen Rente richtet sich maßgeblich nach der Entwicklung der Bruttolöhne und Gehälter. Die Lohnentwicklung folgt der wirtschaftlichen Entwicklung mit Verzögerung, deshalb sind die Bruttolöhne nur mäßig um 1,4 Prozent gestiegen. Da die Rentenanpassung zusätzlich durch die „Riestertreppe“ gedämpft würde, stiegen die Renten zum 1. Juli um gerade einmal 0,46 Prozent. Das ist zu wenig, wenn auch die Rentnerinnen und Rentner am Aufschwung teilhaben sollen. Die Bundesregierung hat daher mit den Spitzen der Koalitionsfraktionen vereinbart, die Riestertreppe in diesem und im nächsten Jahr auszusetzen. Dadurch wird im Jahr 2008 die Rentenanpassung 1,1 Prozent betragen, also 0,64 Prozentpunkte mehr.



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Dank der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung kann diese Maßnahme ohne eine Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung finanziert werden. Die Jüngeren werden also nicht belastet. Die langfristige finanzielle Stabilität der Rentenversicherung wird gewahrt. Die beiden ausgesetzten Stufen der Riestertreppe werden in den Jahren 2012 und 2013 nachgeholt.

### **Warum machen wir das?**

Ein wesentlicher Grund ist die Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner am Wohlstand. Wir sind in der wirtschaftlichen Entwicklung auf einem guten Weg mit einem Wachstum von 2,5 Prozent in 2007 und prognostizierten 1,7 Prozent in 2008. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten zwei Jahren um über 1,4 Millionen zurückgegangen. Diese gute Tendenz schlägt sich allerdings bislang noch nicht ausreichend in den Bruttolöhnen nieder. Das zeigt auch, wie wichtig die öffentliche Debatte über die Bruttolohnhöhe in Deutschland ist und wie bedeutsam hier Mindestlöhne sein können. Die Rentenanpassung läge nach geltendem Recht noch einmal deutlich unter der Lohnentwicklung. Das hat vor allem mit der sogenannten Riestertreppe in der Rentenanpassungsformel zu tun, also der Berücksichtigung der steigenden Aufwendungen der Beschäftigten für ihre zusätzliche Vorsorge. Die Stufen der Riestertreppe verlaufen bis 2011 gleichmäßig und berücksichtigen nicht die derzeit noch schwache Bruttolohnentwicklung. Sie dämpfen die Rentenanpassung um jeweils rund 0,65 Prozentpunkte. Bei schwacher Bruttolohnentwicklung wie im Moment sorgen sie dafür, dass Rentensteigerungen faktisch ausbleiben.

Aber es kommen wichtige weitere Gründe hinzu.

Mit der Reform der Pflegeversicherung bauen wir das Angebot für Pflegebedürftige, zum Beispiel für Demenzkranke, deutlich aus. Zur Finanzierung der verbesserten Leistungen wird zum 1. Juli 2008 der Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte angehoben.

Diese zusätzliche Belastung spüren die Rentnerinnen und Rentner mehr als andere Gruppen, weil sie den vollen Pflegebeitrag tragen und zudem nicht von der deutlichen Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 4,2 auf 3,3 Prozent zum Jahresanfang profitieren.

Die Standardrente fällt aufgrund unserer Entscheidung in diesem Jahr um mehr als 13 Euro höher aus. Damit erhöhen wir Kaufkraft, stärken die Binnenkonjunktur und geben der wirtschaftlichen Erholung Perspektive. Denn noch wird unser Aufschwung vorwiegend vom Export und von



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ausrüstungsinvestitionen getragen.

### **Was machen wir?**

Aus den genannten Gründen haben die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen beschlossen, zu handeln:

- Wir werden die „Riestertreppe“ in diesem und im kommenden Jahr aussetzen und so eine um jeweils rund 0,65 Prozentpunkte höhere Rentenanpassung in 2008 und 2009 möglich machen. Dies ist ohne Beitragssatzanhebung möglich, weil die Rentenfinanzen aufgrund der verbesserten Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation bereits stabilisiert sind.
- Die ausgesetzten Stufen der Riestertreppe werden nach 2011 nachgeholt, denn sie bleibt grundsätzlich ein wichtiges Element der Anpassungsformel. Mit ihr werden die Aufwendungen der Jüngeren für den Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge auch bei der Rentenanpassung berücksichtigt. Im Übrigen ist sie zur Erreichung der Beitragssatzziele unverzichtbar.
- Die Nachhaltigkeitsrücklage wird weiter ausgebaut, um die gesetzliche Rentenversicherung auch in konjunkturellen Schwankungen finanziell nachhaltig zu sichern. Die Deutsche Rentenversicherung soll künftig eine Rücklage von bis zu 2,5 Monatsausgaben aufbauen können. Dadurch wird der Zeitraum ausgedehnt, in dem wirtschaftliche Schwächephasen und Einnahmerückgänge ohne Beitragssatzanstieg bewältigt werden können.
- Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen steigen die Renten zum 1. Juli 2008 um 1,1 Prozent. Entsprechend den Annahmen im Rentenversicherungsbericht ist ein Anstieg der Renten in dieser Größenordnung im Bundeshaushalt 2008 berücksichtigt.

### **Warum können wir das verantworten?**

Mit den Rentenreformen der vergangenen Jahre haben wir die gesetzliche Rentenversicherung in ihrer langfristigen Plausibilität gestärkt und die Belastungen für die Jüngeren begrenzt. Das bescheinigen uns alle Rentenexperten. Auch mit den Veränderungen werden wir unsere Ziele erreichen, dass der Beitragssatz bis zum Jahr 2020 nicht über 20 % und bis zum Jahr 2030 nicht über 22 % liegt und dass gleichzeitig das gesetzlich fixierte Mindestsicherungsniveau vor Steuern von 46 % bis 2020 und von 43 % bis 2030 nicht unterschritten wird. Die generationengerechte Ausgestaltung und die langfristige Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung bleiben gewahrt.



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wir müssen in diesem und im nächsten Jahr allerdings besonders darauf achten, dass die Rentnerinnen und Rentner am einsetzenden Aufschwung teilhaben können. Deshalb ermöglichen wir den heutigen Rentnerinnen und Rentnern nach langen Jahren von Nullrunden oder Kleinstanpassungen eine Erhöhung ihrer Rente, die nicht üppig ist, aber ausschöpft, was möglich ist.

\*\*\*\*\*

### **Termine**

\*\*\*\*\*

#### **„UNTER UNS... FRAUEN“**

**Dienstag, den 15. April 2008, 17.00 bis 19.00 Uhr**

findet in der GOETHE80, Goethestraße 80, 10623 Berlin, meine regelmäßige Gesprächsrunde für Frauen statt. Gemeinsam mit der **Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen**, der Vorsteherin der BVV, **Dr. Marianne Suhr**, der **ASF** und weiteren **SPD-Politikerinnen** möchte ich ohne Tagesordnung und ohne vorgegebenen Themen mit Frauen über Themen, die sie interessieren sprechen.

#### **AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG**

##### **„Afrika – Bilder eines Kontinents“**

Am Freitag, den 18. April 2008, von 17.30 bis 19.00 Uhr, wird die nächste Ausstellung in meinem Wahlkreisbüro eröffnet.

Gezeigt werden Gemälde aus Tansania. Mit dem Erlös aus dem Verkauf wird ein afrikanisches Schulprojekt unterstützt, das ebenfalls vorgestellt wird.

##### **„TANZ IN DEN MAI“**

Gemeinsam mit der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf organisiere ich wieder den **TANZ IN DEN MAI**. Merke Sie sich schon mal vor: Mittwoch, den 30. April 2008, ab 19 Uhr, im San Marino,





## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Prager Platz 1-3, 10779 Berlin.

Die Karten (Eintritt und Menü) kosten im VVK 13,- €, AK 15,- €. Sie erhalten sie u.a. in meinem Wahlkreisbüro.

Bitte melden Sie sich zu den Veranstaltungen an:

Tel. 227-77262 oder [petra.merkel@bundestag.de](mailto:petra.merkel@bundestag.de)

### **BESSERE PFLEGE DURCH DIE PFLEGEREFORM**

Am Dienstag, den 27. Mai 2008, um 20.00 Uhr plane ich eine Veranstaltung mit der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt zur Pflegereform. Bitte melden Sie sich bei mir im Büro, wenn Sie daran teilnehmen möchten.

### **Afghanistan – Jugendliche berichten aus ihrem Land**

Am Mittwoch, den 28. Mai 2008, veranstalte ich abends mit meinem Berliner Kollegen Detlef D... eine Podiumsdiskussion zu Afghanistan. Wir haben fünf Afghanische Jugendliche zu Gast, die auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Woche in Deutschland sind. Aus erster Hand werden sie uns über ihre Lebensbedingungen, ihre Perspektiven und ihre Erfahrungen berichten. Melden Sie sich bitte bei mir, wenn Sie Interesse an der Veranstaltung haben.

### **BÜRGERSPRECHSTUNDE**

Die nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den 18. April 2008, im Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, von 15.00 bis 17.00 Uhr. Bitte melden Sie sich telefonisch unter 313 88 82 an, wenn Sie einen Termin möchten.